



www.goetzpeter.de

## Bericht aus Berlin

15 / 2012

Viel Freude bei der Lektüre meines aktuellen Berichts aus Berlin wünscht Ihnen

Ihr

*Peter Götz*

**Kontakt / Impressum: Peter Götz MdB, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik der CDU/CSU-Fraktion**

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin | Tel. 030/227-74928 | Fax 030/227-76862 | peter.goetz@bundestag.de

In der Heizenau 37 | 76437 Rastatt-Wintersdorf | Tel. 07229/181840 | Fax 07229/181720 | peter.goetz@wk.bundestag.de

## Aus dem Bundestag

### Euro weit mehr als eine Währung

Bundeskanzlerin Angela Merkel unterstützt die Idee eines separaten Budgets für die Mitglieder der Euro-Zone. Es werde ein „neues Element der Solidarität“ gebraucht, sagte die Bundeskanzlerin am Donnerstag in ihrer Regierungserklärung zum Treffen der europäischen Staats- und Regierungschefs in Brüssel. Dieser Vorschlag ist Teil eines EU-Konzepts zur engeren Zusammenarbeit der Euro-Länder in der Finanz- und Wirtschaftspolitik, mit dem die Konstruktionsfehler der Währungsunion behoben werden sollen. Mit den Maßnahmen zur Bewältigung der Euro-Schuldenkrise, den Reformen in den einzelnen EU-Mitgliedstaaten sowie dem Stabilitäts- und Wachstumspakt alleine seien diese Konstruktionsfehler nicht beseitigt. „Wir brauchen mehr“, sagte die Kanzlerin. Bis zu einem nächsten EU-Gipfel im Dezember sollen die Felder festgelegt werden, auf denen eine engere Zusammenarbeit nötig und sinnvoll sei. Nur mit der Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion sei die Vertrauenskrise, in der die Staaten der Euro-Gruppe steckten, zu lösen, betonte Merkel. Die Kanzlerin sieht vier Handlungsfelder auf europäischer Ebene: mehr gemeinsame Finanzmarktpolitik, mehr gemeinsame Fiskalpolitik, mehr gemeinsame Wirtschaftspolitik sowie eine Stärkung der demokratischen Legitimation und Kontrolle. Der Fiskalpakt erlaubt es dem Europäischen Gerichtshof, die Einführung der Schuldenbremse in den Vertragsländern zu überprüfen. Dies reicht nach Ansicht Merkels für die Zukunft jedoch nicht aus. Die europäische Ebene brauche Durchgriffsrechte auf die nationalen Haushalte, falls der Stabilitäts- und Wachstumspakt nicht eingehalten werde. Zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit schlug Merkel nationale Reformvereinbarungen einzelner europäischer Länder mit der EU-Kommission vor. Diese

müssten von den jeweiligen nationalen Parlamenten genehmigt werden, damit sie eine ausreichende demokratische Legitimation erhielten. Sollten Länder, die ohnehin mit der Bewältigung der Schuldenkrise zu tun haben, diese wettbewerbsfordernden Maßnahmen nicht finanzieren können, so stünde ihnen der neue Fonds der Euro-Zone bereit. Gelder aus dem Fonds könnten jedoch nur zeitlich befristet und projektbezogen in Anspruch genommen werden, machte Merkel zur Bedingung. Die Einnahmen der geplanten Finanztransaktionssteuer könnten in dieses Budget fließen, schlug die Bundeskanzlerin vor. „Ich wünsche mir, dass Griechenland im Euro bleibt“, sagte die Bundeskanzlerin, auch mit Blick auf den bevorstehenden Bericht der Troika über die Reformerfolge des Landes. Aber die Lage in Griechenland sei alles andere als einfach. Merkel war in der vergangenen Woche zu einem Besuch in Athen.

### Götz redet im Plenum

Am Donnerstag dieser Woche redete Peter Götz, kommunalpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, im Plenum des Deutschen Bundestages zum Thema: Programm Soziale Stadt – Städtebau fördern. Die Rede im Wortlaut sowie als Audiodatei kann nachverfolgt werden unter: <http://www.goetzpeter.de/reden2012/rb121018.html>



Weitere Informationen: [www.bundestag.de](http://www.bundestag.de)

### Parlamentsdeutsch...

Regierungserklärung: Zu Beginn ihrer Amtszeit gibt die Bundeskanzlerin vor dem Bundestag eine Regierungserklärung ab, in der dem Parlament die Politik der Bundesregierung während der Wahlperiode vorgestellt wird. Die Regierungserklärung hat zwar keine juristische, wohl aber eine bedeutende verfassungspolitische Verbindlichkeit für Parlament und Regierung. Der Regierungserklärung folgt eine mehrtägige Debatte zu allen Aspekten der künftigen Regierungsarbeit. Während der Wahlperiode kann die Bundesregierung von sich aus Erklärungen durch die Bundeskanzlerin oder die Bundesminister zu aktuellen politischen Themen vor dem Bundestag abgeben. Sie kann jedoch vom Bundestag dazu nicht verpflichtet werden. Auch hier folgt jeweils eine Debatte.

## Nachrichten

### Finanzen der Kommunen entwickeln sich erfreulich Kongress der Unionsfraktion „Starke Kommunen – starkes Land“

Auf dem Kongress „Starke Kommunen – starkes Land“ am Mittwoch dieser Woche zog die Unionsfraktion eine erste Bilanz der laufenden Legislaturperiode. Wissenschaftler, Experten aus der Bundes- und Landespolitik sowie Vertreter unterschiedlicher Kommunen zeigten dabei Zukunftsperspektiven für die Städte, Gemeinden und Landkreise auf. „Für das laufende Jahr 2012 ist bundesweit mit einem kommunalen Haushaltsüberschuss von rund 2,5 Milliarden Euro zu rechnen“, stellte der kommunalpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Peter Götz, gleich zu Beginn der Veranstaltung fest. Nach Einschätzungen des Bundesfinanzministeriums werde sich der jährliche Überschuss bis 2016 kontinuierlich auf rund 5,5 Milliarden Euro steigern. „Das ist ein Ergebnis, das sich vor wenigen Jahren noch keiner vorstellen konnte“, bilanzierte Götz die kommunalpolitischen Anstrengungen der Koalition. Das ist die größte Entlastung für die Kommunen in



der deutschen Geschichte. Neben Peter Götz redeten der Zukunftswissenschaftler Prof. Dr. Horst Opaschowski sowie der Fraktionsvorsitzende Volker Kauder MdB. Im Anschluss diskutierten unter der Moderation von Tanja Samrotzki Landrat Hans Jörg Duppré, die Vorsitzende der CSU-Landesgruppe Gerda Hasselfeldt, Staatssekretär Bernd Krömer sowie die Oberbürgermeister Christian Schramm und Dr. Wolfgang Schuster über die aktuelle Situation in den Städten, Gemeinden und Kreisen. Einen Ausblick gab der stellv. Fraktionsvorsitzende Dr. Michael Meister.

Weitere Informationen unter: [www.goetzpeter.de](http://www.goetzpeter.de) sowie [www.cducsu.de](http://www.cducsu.de)

### Hochrangige Delegation aus Senegal im Gespräch mit Peter Götz



Am Freitag empfing Peter Götz MdB im Jakob-Kaiser-Haus des Deutschen Bundestages eine hochrangige Delegation des senegalesischen Dezentralisierungsministeriums. In dem einstündigen Gespräch wurden mit den Abgeordneten und Bürgermeistern kommunalpolitische Themen insbesondere im Zusammenhang mit dem föderalen System in der Bundesrepublik Deutschland sowie die Themen Städtebau und Stadtplanung diskutiert.

Außerdem interessierten sich die senegalesischen Gäste für die Tätigkeit der Global Parliamentarians on Habitat (GPH), deren Weltpräsident Peter Götz seit 2008 ist. Die senegalesische Delegation absolviert seit dem 14. Oktober 2012 ein von der Konrad-Adenauer-Stiftung organisiertes, einwöchiges Studien- und Dialogprogramm in Deutschland.

Die AG Kommunalpolitik diskutierte diese Woche mit dem Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Enak Ferlemann MdB, über die anstehende Novellierung von Baugesetzbuch und Baunutzungsverordnung.



Weitere Informationen unter: [www.goetzpeter.de](http://www.goetzpeter.de)

# **Einige interessante Daten und Fakten...**

## **Rekordeinnahmen im öffentlichen Nahverkehr**

Die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel im Personennahverkehr nimmt weiter zu. Auch die Einnahmen stiegen 2011 weiter auf den neuen Höchststand von 16 Milliarden Euro. Dies bedeutet folglich einen Anstieg der Einnahmen um 1,7% gegenüber dem Vorjahr, wie das Statistische Bundesamt mitteilt. Dabei erzielten die 21 größten Unternehmen (mit jährlich mindestens 100 Millionen Fahrgästen) mit 10 Milliarden Euro rund 63% der Einnahmen. Knapp ein Fünftel der Einnahmen entfiel auf den Ausbildungsverkehr mit Schülern, Studierenden und Auszubildenden. Mit rund 3,1 Milliarden Euro waren dies 1,8% mehr als im Jahr 2010).

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

## **Lebenserwartung in Deutschland steigt stetig**

Die Lebenserwartung in Deutschland ist erneut gestiegen: für neugeborene Jungen beträgt sie 77 Jahre und 9 Monate und für neugeborene Mädchen 82 Jahre und 9 Monate. Damit erhöhte sich laut Statistischem Bundesamt die Lebenserwartung für neugeborene Jungen um 3 Monate und für neugeborene Mädchen um 2 Monate im Vergleich zu Berechnungen des Vorjahres. Auch für ältere Menschen hat die Lebenserwartung weiter zugenommen: Die verbleibende Lebenserwartung von 65-jährigen Männern beläuft sich demnach auf weitere 17 Jahre, 65-jährige Frauen können statistisch gesehen noch weitere 20 Jahre und 8 Monate leben. Zudem lässt sich aus aktuellen Berechnungen entnehmen, dass nach den aktuellen Sterblichkeitsverhältnissen statistisch gesehen jeder zweite Mann in Deutschland wenigstens 80 Jahre alt, jede zweite Frau sogar 85 Jahre alt werden wird.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

## **Aussichten für die Wirtschaft stabil**

Am vergangenen Donnerstag haben die führenden wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute der „Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose“ ihr Herbstgutachten 2012 vorgestellt. Darin bescheinigen die Wirtschaftsinstitute der deutschen Wirtschaft Stabilität trotz erheblicher Belastungen durch die Euro-Krise. Die Institute prognostizieren einen Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts um 0,8% für das Jahr 2012 und 1,0% für das Jahr 2013. Die Zahl der Arbeitslosen wird sich laut dem Herbstgutachten 2012 und 2013 bei 2,9 Millionen stabilisieren. Dabei wird auch das Budget des Staates sowohl in diesem als auch im kommenden Jahr annähernd ausgeglichen sein.

(Quelle: Leibniz-Gemeinschaft)